



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)
Bundesgasse 3
3003 Bern

Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2016/1624 über die Europäische Grenz- und Küstenwache; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2016/1624 über die Europäische Grenz- und Küstenwache Stellung zu nehmen.

Die Kantonspolizei Uri ist mit Immigranten konfrontiert, die grösstenteils mit dem Zug aus dem Tessin einreisen. Die damit zusammenhängende polizeiliche Arbeit ist sehr zeitintensiv. Es liegt daher im Interesse des Kantons Uri, wenn dieser Arbeitsaufwand reduziert werden kann.

Aus diesem Grund ist es sehr zu begrüessen, dass mit der erwähnten EU-Verordnung die Schengen-Staaten für die Durchführung von Aussengrenzkontrollen und bei Rückführungen illegal anwesenden Personen aus Drittstaaten stärker als bisher unterstützt werden.

Ausdrücklich begrüsst wird die grössere Verantwortung, die der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache im Zusammenhang mit Rückführungsaktionen übertragen wird - insbesondere die Finanzierung von EU-Sammelflügen.

Schliesslich befürwortet der Regierungsrat die angedachte verstärkte Nutzung bereits bestehender Netzwerke der Eidgenössischen Zollverwaltung und des Bundesamts für Polizei.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie mit vorzüglicher Hochachtung.

Altdorf, 24. Januar 2017



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Beat Jörg

Roman Balli